

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln  
Intendanz Publikumsstelle

Ständige Publikumskonferenz der  
öffentlich-rechtlichen Medien  
Frau Maren Müller  
Hofer Straße 20a  
04317 Leipzig

Westdeutscher Rundfunk  
Publikumsstelle

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 1964 Telefax +49 (0)221 220 9546  
publikumsstelle@wdr.de

Köln, 11. Januar 2016

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Oktober 2015 an den Intendanten des Norddeutschen Rundfunks, Lutz Marmor. Er hat Ihr Schreiben an den für das Studio Moskau zuständigen WDR am 27. Oktober 2015 weitergeleitet. Ihr Schreiben wurde als Eingabe nach § 10 Absatz 1 WDR-Gesetz gewertet.

Ihr Schreiben wurde wie gewünscht zur „umfassenden Prüfung“ an die zuständigen Stellen im Haus weitergeleitet. Leider gab es bei dieser Weitergabe eine Panne, so dass ich Ihnen erst jetzt antworten kann. Ich bitte dies zu entschuldigen.

Sie kritisieren in Ihrem Schreiben zum einen die Berichterstattung unseres Hörfunk-Korrespondenten Markus Sambale zu den Wahlen in Weißrussland und werfen ihm „agitorische Interpretation“ vor. Diese Kritik ist nach Prüfung durch den zuständigen Fachbereich nicht nachzuvollziehen.

Markus Sambale hat in seiner Reportage vom 11. Oktober 2015 berichtet, was er am Wahltag beobachtet hat und was ihm Wahlhelfer geschildert haben. Dabei hat er durchaus auch auf die positiven Entwicklungen der Wahl hingewiesen, nämlich dass es sich um einen „ruhigen Wahltag ohne Zwischenfälle“ handelte. Zudem schreibt er in seiner Reportage über „freundlichen Wahlhelfer, Wahlkabinen mit Vorhängen und transparente Wahlurnen“.

Bei seiner Aussage im Beitrag vom 12. Oktober 2015, die „Wahl hatte kaum etwas mit einem demokratischen Verfahren zu tun“, beruft sich Markus Sambale auf unabhängige Wahlbeobachter und Experten. Dies konnte er zu Recht. Unter anderem erklärte der Chef der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Kent Harstedt, nach der Wahl am 12. Oktober in Minsk: Es sei klar, dass das Land „noch einen langen Weg vor sich hat, um seine demokratischen Verpflichtungen zu erfüllen. Einige bedeutende Probleme, insbesondere bei der Auszählung und Auswertung der Stimmen, untergraben die Integrität der Wahl“. Laut den internationalen Wahlbeobachtern wurde die Hoffnung auf Demokratie-Fortschritte „größtenteils enttäuscht“, so seine Bilanz.

Die Analyse von Markus Sambale, dass es Staatschef Lukaschenko auch darum ging, die Wahl als rechtmäßig darzustellen, belegt er mit einem Zitat des Wahlsiegers. So zitiert er Lukaschenko mit den Worten *„Wenn der Westen gute Beziehungen mit uns herstellen möchte, wird das nichts und niemand verhindern können“*. Und er erläutert, dass Lukaschenko darauf hofft, dass der Westen seine Sanktionen gegen die weißrussische Führung lockert.

In den von Ihnen kritisierten Beiträgen hat Markus Sambale den Ausdruck der *„letzte Diktator Europas“* nicht erwähnt. Er findet sich allerdings in anderen Publikationen, wie z.B. in *„Die Zeit“* vom 11. Oktober 2015. Auch findet sich in den Audios von Markus Sambale an keiner Stelle der Hinweis auf *„massive Wahlfälschungen“*. Im Übrigen haben andere Medien wie *„Die Zeit“* oder *„Die Welt“* ähnlich wie unser Korrespondent berichtet, der Tenor der Wahlberichterstattung in den Beiträgen von Markus Sambale ist also entsprechend.

Zum anderen kritisieren Sie auch einen Beitrag unserer Fernseh-Korrespondentin Brigitte Virnich. Diese Kritik geht zunächst von einer falschen Einschätzung der verwendeten Sendezeit aus: Nicht *„die halbe Sendezeit des Berichts über die Wahl (wird) den Statements von Frau Virnich und Frau Beck gewidmet“* – Frau Becks O-Ton ist exakt 21 Sekunden lang, Birgit Virnichts Aufsager zum Beitragsende dauert genau 17 Sekunden. Der Beitrag hat eine Gesamtlänge von 1:40 min. Zum Vergleich: Der gesamte Lukaschenko-Block zu Beginn des Beitrags dauert ganze 41 Sekunden, allein der O-Ton Lukaschenkos geht über 16 Sekunden. Der vierte O-Ton des Beitrages, ein Lukaschenko-Kritiker, hat nur 6 Sekunden. Von *„Unverhältnismäßigkeit“* oder *„Verschwendung von Sendezeit und Mitteln aus Beitragsaufkommen“* kann daher schon rein rechnerisch keine Rede sein.

Auch inhaltlich trifft die Kritik nicht zu, *„beide berichteten letztlich nicht über die Wahl selbst, sondern über ihr persönliches Verständnis von Demokratie und über Eindrücke, die sie über die vorletzte Wahl in Weißrussland gewonnen (hätten).“*

Wenn Marie-Luise Beck in der *Tagesschau* sagt: *„Die Opposition hat sich von den massiven Übergriffen nicht erholt. Die maßgeblichen Köpfe haben inzwischen das Land verlassen oder im Gefängnis gesessen. Konnten sich auch für die Wahlen gar nicht registrieren lassen“*, dann stimmt diese Einschätzung mit dem Tenor der Wahlberichterstattung in anderen Medien überein. Stellvertretend sei hier zitiert die Wochenzeitung *„Die Zeit“*: *„Nach der letzten Wahl 2010 hatte Lukaschenko Proteste niederschlagen lassen und viele Gegner ins Gefängnis gesteckt, darunter acht der zehn Gegenkandidaten. Der letzte von ihnen kam erst im August dieses Jahres frei.“* (*Die Zeit Online*, 11.10.2015).

Birgit Virnich beginnt ihren Aufsager mit: *„Bleibt die Frage, ob Lukaschenko die Annäherung an den Westen dieses Mal auch mit Taten untermauert. Schon bei den letzten Wahlen hatte er das in Aussicht gestellt. Doch nach den Wahlen griff er zur Gewalt“*. Damit liegt Virnich auf einer Linie beispielsweise mit dem Berliner

„Tagesspiegel“ und der OSZE: *„Nach Ansicht europäischer Wahlbeobachter ist die Wahl in Weißrussland hinter demokratischen Standards zurückgeblieben. 'Die jüngste Freilassung politischer Gefangener und die Begrüßung von Wahlbeobachtern waren positive Entwicklungen', erklärte der Chef der Beobachtergruppe der OSZE, Kent Hasted, am Montag. 'Die Hoffnungen, die uns das für den gesamten Wahlprozess gemacht hat, bleiben aber weitgehend unerfüllt.' Nach Ansicht von Hasted ist klar, dass Weißrussland noch einen weiten Weg vor sich hat, um die demokratischen Versprechen zu erfüllen. Vor allem die Stimmenauszählung und -auflistung seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben.“* (Tagesspiegel, 12.10.2015)

Es ist gänzlich unzutreffend, Frau Beck „Feindseligkeit“ und insbesondere einen singulären Status der „Kronzeugin“ zu unterstellen, ebensowenig wie einen „Expertenstatus“ – sie kommt vielmehr zu Wort als eine repräsentative Stimme der Wahlbeobachter im Sinne der OSZE.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Auskünften gedient zu haben und würde mich freuen, wenn Sie Ihre Kritik aufgrund der Ausführungen noch einmal überdenken.

Mit freundlichen Grüßen

)

-

Astrid Flammer